



Sitzungsvorlage

Nr.:	223/2005
ausgefertigt am:	25.10.2005
Fachamt:	Amt Wasser- und Abfallwirtschaft
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Umweltausschuss– Kreisausschuss– Kreistag

Neufassung der Abfallgebührensatzung

Die Gebühren und Entgelte für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallwirtschaft werden zurzeit auf der Grundlage der Abfallgebührensatzung vom 18. Dezember 2002 (Amtsblatt für den Landkreis Cuxhaven Nr. 1 vom 02.01.2003) erhoben.

Die bisherige Satzung basierte auf der Kalkulation aus dem Jahre 2002 für die Rechnungsperiode 2003 bis 2005. Nach Ablauf dieses Kalkulationszeitraumes sind die Gebühren auf Grund einer neuen Kalkulation, die nach § 5 NKAG einen dreijährigen Zeitraum umfassen kann, zu ermitteln.

1. Die Kalkulation und die sich daraus ergebende Gebührenbedarfsberechnung wurde auf der Grundlage der bereits vorgelegten Jahresabschlüsse 2003 und 2004 sowie des geschätzten Jahresverlaufes 2005 für die Rechnungsperiode der Jahre 2006 bis 2008 aufgestellt. Die Schätzung der Einnahmen und Ausgaben und deren Erläuterungen ergeben sich aus den Anlagen (nur für die Kreistagsabgeordneten).
2. Bei der Gebührenbedarfsberechnung und –verteilung wird weiterhin von einer Grundgebühr und einer Volumengebühr ausgegangen.

a) Grundgebühr

Die Erhebung von Grundgebühren ist nach § 12 Abs. 6 Niedersächsisches Abfallgesetz (NAbfG) zulässig; der Anteil der Grundgebühren kann in begründeten Fällen 50 v. H. des gesamten Gebührenaufkommens übersteigen. Durch die Grundgebühr können die Fixkosten und die Kosten abfallwirtschaftlicher Maßnahmen, die unabhängig von der Inanspruchnahme der Restabfallbehälterabfuhr entstehen, abgedeckt werden. Die Grundgebühr kann zulässigerweise auch nach der Zahl der anschlusspflichtigen Grundstücke, der Haushalte, der Anzahl der Wohneinheiten, der Anzahl der gemeldeten Personen je Grundstück oder auf die Behälter umgelegt werden. Jeder Gebührenmaßstab für sich weist Vor- und Nachteile auf. Der Kreistag hat in den bisherigen Gebührensatzungen eine Grundgebühr für den Anschluss eines jeden bewohnten oder gewerblich bzw. freiberuflich genutzten Grundstücks an die Abfallentsorgung festgesetzt.

Im vorliegenden Entwurf der Abfallgebührensatzung ist weiterhin die grundstücksbezogene Grundgebühr vorgesehen. Über die grundstücksbezogene Grundgebühr werden die Kosten abgedeckt, die unabhängig von der Restmüllmenge anfallen und die dadurch bedingt sind, dass ein Grundstück überhaupt an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen ist.

Über die Grundgebühr werden abgedeckt:

- die Unternehmerentgelte und die Verbrennungskosten, die bei Anschluss eines Grundstücks an die öffentliche Abfallentsorgung für das kleinste Abfallbehältnis anfallen,
- die Verwaltungskosten der Stadt Langen und der Gemeinden/Samtgemeinden, mit denen deren Aufwand für die Gebührenveranlagung, Gebühreneinzug etc. abgedeckt wird und die sich an den Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner richten,

- Unterdeckung der Kosten für die Grünschnittsammlung, die ebenfalls unabhängig von der sonstigen Menge des Hausmülls anfallen und eher einen Bezug zum Grundstück haben,
- Personalkostenpauschale für Grundsatzfragen, Anfragen von Gemeinden/Samtgemeinden, Bürgern, Abfallberatung.

Nach der Gebührenkalkulation ergibt sich eine Grundgebühr in Höhe von 53,88 EURO/a pro Grundstück. Gegenüber der alten Grundgebühr bedeutet das eine Kostensteigerung von 0,72 EURO/a.

Das Gebot des § 12 Abs. 2 Satz 2 NAbfG erfordert, dass in Bezug auf die Gebührenhöhe das Verhältnis zwischen Grundgebühr und volumenbezogener Gebühr so gestaltet wird, dass der Gebührenpflichtige ein Abfall vermeidendes und dabei ein umweltfreundliches Verhalten nicht von vornherein als ohne Sinn und Nutzen ansieht, was sich aber bei einer sehr hohen Grundgebühr geradezu aufdrängen würde. Nach der Gebührenkalkulation beträgt der Anteil der Grundgebühren 29,82 v. H. des gesamten Gebührenaufkommens.

b) Volumengebühr

An der Volumengebühr, die sich nach der Zahl und Größe der bereitgestellten Gefäße und der Anzahl der Entleerungen pro Jahr bemisst, wird weiterhin festgehalten.

Um einer illegalen Abfallentsorgung in der freien Landschaft vorzubeugen, wird weiterhin ein Mindestbehältervolumen pro Person von 20 l bei vierzehntäglicher Abfuhr vorgeschrieben. Dies erscheint erforderlich, weil nach den Erfahrungen in der Vergangenheit immer wieder große Mengen von Abfällen in der freien Landschaft und insbesondere auf öffentlichen Park- und Rastplätzen abgelagert werden. Die Behälterkapazität kann aber unter Einhaltung des Mindestvolumens nach wie vor frei gewählt werden.

Bei der volumenbezogenen Behältergebühr kann der Leistungsnehmer in hohem Maße auf die individuellen Entsorgungskosten durch die reale Inanspruchnahme der Leistungen Einfluss nehmen. Das Spektrum der Einflussmöglichkeiten bezieht sich auf die

- Wahlmöglichkeiten beim bereitzustellenden Behältervolumen insgesamt,
- Wahlmöglichkeiten von Anzahl und Größe der Behälter und auf die
- Wahlmöglichkeiten, die den Abfuhrzyklus betreffen (Gewerbebetriebe).

Durch die Wahlmöglichkeit werden darüber hinaus Anreize zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung gegeben. Damit ist den Vorgaben nach § 12 Abs. 2 Satz 2 des NAbfG, wonach die Gebühren so zu gestalten sind, dass die Vermeidung und Verwertung von Abfällen gefördert wird, entsprochen.

Für die Rechnungsperiode 2006 bis 2008 kann die bisherige Gebühr fast beibehalten werden. Die Gebührenkonstanz, die nach Ablauf der Rechnungsperiode dann über einen Zeitraum von 15 Jahren eingehalten sein wird, wird insbesondere durch folgende Kostensenkungen bzw. Einsparungen ermöglicht:

1. Reduzierung der jährlichen Verwaltungskostenpauschale an die Gemeinden/Samtgemeinden um ein Drittel (siehe Abfallwirtschaftskonzept 2005 bis 2009, Ziffer 9.4.1),
2. Reduzierung der Grünabfallsammlung auf nur eine Sammlung pro Jahr (siehe Abfallwirtschaftskonzept 2005 bis 2009, Ziffer 9.4.1),
3. Einsparungen bei der Problemabfallentsorgung durch günstigere Preise nach Ausschreibung
4. Entlastung von den Kosten der Verwertung der Elektro- und Elektronikgeräte (Kühlschränke, Haushaltsgroß- und Kleingeräte) ab 2006 durch das Elektro- und Elektronikgerätegesetz
5. Einsparungen bei der Erfassung und Verwertung von Altpapier. Beide Entsorgerfirmen haben verbindlich zugesagt, ab 01.01.2006 auf Zuschüsse zur Altpapierfassung zu verzichten. Im Gegenzug wird der Landkreis keine Erlöse, die bislang ohnehin nicht kostendeckend waren, mehr erhalten.

Im Zuge der Gebührenkalkulation für die Rechnungsperiode 2006 bis 2008 sind auch die sonstigen Gebühren und Entgelte der Kostenentwicklung anzupassen.

Dieser Sitzungsvorlage sind (nur für die Kreistagsabgeordneten) als Anlagen folgende Gebühren-/Entgeltkalkulationen für die Rechnungsperiode 2006 bis 2008 beigelegt:

- a) Hausmüll, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall (Geschäftsmüll), Gewerbeabfall
Annahme von Grünabfällen bei den landwirtschaftlichen Annahmestellen - Anlage I (rosa)
- b) Boden- und Bauschuttdeponie Langen-Neuenwalde - Anlage II (blau)
- c) Annahme von Grünabfällen auf dem Kompostplatz Deponie Heeßel III und auf der Boden- und Bauschuttdeponie Langen-Neuenwalde - Anlage III (grün)
- d) Müllumschlag im Eingangsbereich der Hausmülldeponie Heeßel III - Anlage IV (gelb)
- e) Entgelt Problemmüllannahmestelle Deponie Heeßel III - Anlage V (orange)

Der Entwurf der Neufassung der Abfallgebührensatzung ist als Anlage VI (weiß) beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Abfallgebührensatzung des Landkreises Cuxhaven wird beschlossen.

In Vertretung

Jochimsen